

15 Jahre Einheit Deutschlands – eine Bilanz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden von Dr. Wolfgang Stuchly

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) hatte seine gegenwärtig 24 Mitgliederverbände für den 29. September 2005 zu einem Kolloquium in die Räumlichkeiten der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) in Berlin-Lichtenberg eingeladen. Anliegen war die sachlich – kritische Bilanz über den 15-jährigen Einigungsprozess nach dem Anschluss der DDR an die BRD und eine erste Einschätzung der Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005 durch Vertreter seiner Mitglieder. ISOR e.V. war mit einer Delegation unter Leitung des Vorsitzenden Horst Parton vertreten. Von den zu einer Pressekonferenz geladenen 32 Medien waren nur wenige befreundete Printmedien erschienen. Deutlicher konnte

die bereits hinlänglich bekannte Arroganz und Ignoranz gegenüber der Lage der Menschen und der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland nicht demonstriert werden. ISOR e.V. übergab zum Thema eine Presseerklärung (siehe unten). In dem einleitenden Referat zog der Präsident des OKV, Prof. Dr. Siegfried Prokop, auf der Grundlage der Zuarbeit der Mitgliederverbände eine "ungeschminkte Bilanz des 15-jährigen Einigungsprozesses". Das Ergebnis seiner Analyse war eine vernichtende Abrechnung mit der an koloniale Eroberungen erinnernde Einverleibung und Delegitimierung der DDR. Wesentliche Merkmale dieses Prozesses seien Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Vergeisung, Werteverfall, Entsolidarisierung

sowie Lügen und Verleumdungen über Menschen und Geschichte Ostdeutschlands. Prof. Prokop zitierte einige Bürger- und Medienstandpunkte, wie z.B. "Mit der Einheit kam die Gemeinheit" oder "Aus dem Aufschwung Ost wurde der Absturz Ost in eine unterentwickelte Region". Sichtbare und anerkennenswerte Fortschritte, z.B. in der Bausanierung und Infrastruktur könnten aber nicht losgelöst von Konkurrenzdenken und Profitstreben gesehen werden. In der Diskussion nahmen Vertreter der Verbände sachlich-kritisch, konstruktiv, verschiedentlich auch zukunftsorientierend zu Einzelfragen des Einigungsprozesses aus ihrer Sicht Stellung. Prof. Ernst Bienert erläuterte z.B. ein von ihm und Prof. Axel Azzola erarbeitetes alternatives Zukunftskonzept zur Reform der Kranken, Pflege- und Rentenversicherung und deren Finanzierung.

Der ISOR-Vorsitzende Horst Parton informierte die Anwesenden über die mit anderen betroffenen Verbänden abgestimmte Konzeption zur Beseitigung von verbliebenen, bzw. neu geschaffenen Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten, wozu auch andere Diskussionsredner sprachen. Das Präsidium des OKV beschloss, Eingangsreferat und Diskussionsbeiträge als zusammengefasste Dokumentation den Mitgliedsverbänden zur Verfügung zu stellen, um eine gründliche Auswertung dieses bedeutsamen Kolloquiums zu ermöglichen.

Presseerklärung

der ISOR e. V. anlässlich eines Kolloquiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD und zum Ausgang der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005

Die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland zwingt uns zu folgender Einschätzung:

1. Die Hauptakteure der etablierten Parteien haben bei den Menschen im Lande, vor allem in Ostdeutschland, an Vertrauen verloren. Die Menschen haben Sorgen und Angst um ihre Zukunft. Die Erhaltung und Sicherung des Friedens, das Recht auf Arbeit, Chancengleichheit in der Bildung, gesundheitliche Betreuung, gerechte Altersversorgung u. a. sind zunehmend bedroht oder werden verweigert. Die Würde der Menschen ist in Frage gestellt.
2. Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag lässt den Willen der Wähler nach einer Politik ohne Neoliberalismus und für soziale Gerechtigkeit erkennen.
3. Der Einigungsprozess ist im Hinblick auf die innere Einheit bisher gescheitert. Noch immer werden große Gruppen ehemaliger DDR-Bürger politisch, gesellschaftlich, beruflich und sozial ausgegrenzt, diskreditiert und ungleich behandelt.

4. Die sachliche Anerkennung der Geschichte der DDR wird abgelehnt. Der Respekt gegenüber den Biografien ehemaliger DDR-Bürger und Verantwortungsträger, ihrer Arbeit, Leistung und Qualifikation wird vielfach verweigert. Ehemalige Mitarbeiter der Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane der DDR unterliegen nach wie vor einer permanenten Hetz- und Verleumdungskampagne durch Politiker, Medien und professionelle Antikommunisten. Ausdruck dafür war kürzlich die Entscheidung über das AAÜG-Änderungsgesetz im Deutschen Bundestag, wo außer den beiden mutigen PDS-Frauen die Abgeordneten aller Parteien für die Beibehaltung bzw. Erweiterung des Rentenstrafrechts stimmten, obwohl das Bundesverfassungsgericht eine andere Entscheidung getroffen hatte.

Für viele Bürger stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen in Deutschland? Wer ist in der Lage und bereit, Reformen – die diesen Namen verdienen – durchzusetzen und erforderliche Entscheidungen zu treffen?

ISOR e. V. erklärt im Namen seiner nahezu 25.000 Mitglieder, deren Angehörigen und vieler Tausend Sympathisanten seine uneingeschränkte Zustimmung zur gemeinsamen Erklärung von Verbänden des Ostdeutschen Kuratoriums zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD, in der eine nüchterne Bilanz des Einigungsprozesses gezogen wird.

ISOR e. V. fordert die neu gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, sich umgehend und nachhaltig für die Beseitigung der Defizite, Versäumnisse, Fehlentwicklungen und Entartungen bei der Herstellung der Einheit Deutschlands einzusetzen.

Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem:

1. Die Beendigung der beleidigenden, anmaßenden und die Würde der Menschen verletzenden Beurteilungen der Geschichte und der Menschen in Ostdeutschland. Schluss mit der Hetze und Verleumdung gegenüber ehemaligen Verantwortungsträgern der DDR!
2. Reformen und Veränderungen auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sind so zu konzipieren, dass soziale Gerechtigkeit und Ausgewogenheit gewahrt und Belastungen differenziert auf breite Schultern übertragen werden. Das noch be-

➤ Fortsetzung auf Seite 2

> Fortsetzung von Seite 1

stehende Rentenstrafrecht sowie die Ungleichbehandlung und die Ungerechtigkeiten gegenüber Ostdeutschen sind zu beenden.

3. Parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen und Vorschläge von Parteien, Organisationen, Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen in den genannten Richtungen sollen durch Parlament und Regierung unvoreingenommen zur Kenntnis genommen und sachlich im Interesse der Menschen geprüft werden.

4. Von den Mitgliedern der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag erwarten wir, dass

sie ihre parlamentarischen Möglichkeiten und mit ihrer Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen ihre politische Autorität dafür einsetzen, Ungleichbehandlung, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung ehemaliger DDR-Bürger zu beseitigen.

ISOR e. V. wird seinen Kampf um soziale Gerechtigkeit im Sinne des Grundgesetzes der BRD im solidarischen Verbund mit zahlreichen Gleichgesinnten konsequent fortsetzen.

Berlin, den 28. September 2005

Bei anderen gelesen

Aus der GBM-Monatszeitung „Akzente“:
Kampf gegen Rentenstrafrecht wird fortgesetzt

Unter dieser Überschrift informierte die Septemberausgabe der GBM-Monatszeitung über eine Zusammenkunft von ca. 50 vom Rentenstrafrecht Betroffenen mit Vertretern des GBM-Vorstands. Darin heißt es u. a.:

... Prof. Dr. Bienert informierte einleitend über Inhalt und Entstehung des neuesten Gesetzes zur Änderung des AAÜG, das am 1. Juli 2005 in Kraft trat (BGBl. vom 24. Juni 2005). Er hob hervor, dass dieses Gesetz das Ergebnis einer großen Koalition ist, die wiederum nicht bereit war, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts anzuerkennen und das seit 1991 fortdauernde Rentenstrafrecht zu beenden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die These von angeblich überhöhten und nicht durch Leistung begründeten Entgelten nun schon zum zweiten Mal zurückgewiesen hatte, wurde durch die Regierungskoalition im Verein mit CDU/CSU und FDP eine neue Lüge in die Welt gesetzt, die zur Begründung des erneuten Verfassungsverstoßes herhalten soll: Die jetzt im Gesetz in neun Punkten aufgeführten Staats- und Parteifunktionäre seien angeblich gegenüber dem MfS weisungsbefugt gewesen und dürften deshalb rentenrechtlich nicht besser behandelt werden als die ehemaligen MfS-Mitarbeiter selbst. Dabei wurde unterstellt, dass die pauschale Rentenkürzung bei den ehemaligen MfS-Mitarbeitern verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei, und es wurde der Eindruck erweckt, als hätte das Bundesverfassungsgericht durch seine bisherigen Urteile eine solche Lösung vorgegeben...

Die Beratungsteilnehmer waren sich darin einig, dass der Kampf gegen die verfassungswidrige Rentenkürzung entschlossen fortgesetzt werden muss...

Die Beratungsteilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, über wichtige Entwicklungen und auftretende Besonderheiten den GBM-Vorstand zu informieren. Dieser wird die Informationen

auswerten und allen Beteiligten zur Verfügung stellen. Es ist die feste Überzeugung aller, dass ein konsequentes und koordiniertes Handeln aller Beteiligten den weiteren Kampf gegen das Rentenstrafrecht zu einem erfolgreichen Ende führen wird.

Ernst Bienert

*

Aus der **Presseinformation der Volkssolidarität Nr. 79/05:**

Erklärung des Präsidenten der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, zum Ergebnis der Bundestagswahlen 2005

... Wir wollen, dass soziale Spaltungen zwischen jung und alt, zwischen arm und reich und zwischen Ost und West nicht noch weiter zunehmen. Deshalb darf es keine Politik geben, die nur unter neuen Vorzeichen weitere soziale Kürzungen vornimmt. Der Standort Deutschland muss vor allem ein lebenswerter Standort für die Menschen sein.

Die Volkssolidarität fordert von einer neuen Bundesregierung

- ein Programm für ältere Arbeitnehmer, das ihnen eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglicht und damit Schutz gegen Altersarmut bietet

- eine kinderfreundliche und Generationen übergreifende Familienpolitik

- ein Ende von Null und Minusrunden für Rentner

- einen Fahrplan zur endgültigen Überwindung unterschiedlicher Renten-Rechtsgebiete Ost und West

- eine gesundheitliche Versorgung für alle Bürger auf solidarischer Grundlage.

Wir wissen, dass unser Land vor vielen Herausforderungen steht. Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn Politik wieder für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr solidarisches Miteinander sorgt.

Wir warnen dringend davor, Rentnerinnen und Rentnern, Familien und Alleinerziehenden sowie sozial benachteiligten Menschen neue und zusätzliche Belastungen aufzubürden...

*

Aus „**Neues Deutschland**“ vom 1/2.10.05:
Ostdeutschland – eine zurückbleibende europäische Region? Ja!

Von Wolfgang Kühn

... 15 Jahre später ist die wirtschaftliche, und soziale Bilanz für Ostdeutschland ernüchternd: Nimmt man das Jahr 1989 als Ausgangspunkt, so ist das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2004 auf 119 Prozent gestiegen, das entspricht einem jährlichem Wachstum von lediglich 1,2 Prozent. Die Annäherung an das westdeutsche Wirtschaftspotenzial verharbt bei etwa 64 Prozent, und die geringen positiven Änderungen von Jahr zu Jahr beruhen auf dem einfachen statistischen Effekt, dass durch Abwanderung und Geburtenausfall die Zahl der Bewohner Ostdeutschlands kontinuierlich sinkt und damit sich der Abstand lediglich rechnerisch verringert.

Gleichzeitig erfolgte in Ostdeutschland ein radikaler Strukturumbruch. Insgesamt ging zwischen 1989 und 2004 die Zahl der Erwerbstätigen um 3,2 Millionen Personen zurück, das entspricht einem prozentualen Rückgang um 36 Prozent. Betroffen waren davon die Bereiche der Industrie (Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um 73 Prozent) und der Landwirtschaft (79 Prozent). Wie mit diesen »Zuwächsen« den Herausforderungen der Globalisierung entsprochen werden kann, bleibt ein Geheimnis neoliberaler Ökonomie...

*

Aus einem Brief der **Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Hilfe** (GRH e. V.) an alle TAG:

Betr.: Neues Rentenunrecht

Mit dem AAÜG vom 21.06.2005 (BGBl. I Nr. 35, S. 1672) wird ein erheblicher Teil von Strafrentnern (ab E 3 Gruppe) künftig nicht mehr von den verfassungswidrigen Begrenzungen betroffen sein ... Bei aller Genugtuung über den Wegfall eines Teils des Unrechts, unsere solidarische Haltung mit den weiterhin und neu betroffenen Strafrentnern sollte verstärkt werden ... Ungeachtet des mit der Entscheidung des BVerfG vom 23.06.2004 erlangten Teilerfolges bleibt die Ungleichbehandlung für Ostdeutsche im Rentenrecht in mehrfacher Hinsicht weiterhin bestehen. Verschiedene Gruppen, z.B. MfS-Angehörige, sind in besonders drastischer Weise davon betroffen. Neue Strafrentner kommen nun mit der Änderung des AAÜG hinzu. Mit dem AAÜG wird zwar die E 3-Regelung abgeschafft, allerdings wurde die bisherige Gehaltshöhe nun durch Abstrafungen wegen der Ausübung von Funktionen ersetzt. Wer einer der im Gesetz genannten neun Gruppen angehört, wird für den betreffenden Zeitraum auf 1,0 Entgeltpunkte gekürzt. Damit erfolgt künftig eine analoge Kürzung wie bei MfS-Angehörigen. Mit dieser

> Fortsetzung auf Seite 3

> Fortsetzung von Seite 2

neuen Regelung des AAÜG wird auch die verfassungswidrige MfS-Kürzung zementiert. Darauf wird sogar indirekt in der Begründung des

AAÜG Bezug genommen. Einer der Hauptgründe der Neuregelung des AAÜG sei nämlich die "rechtliche und faktische Weisungsbefugnis

gegenüber dem MfS". Deshalb ist der Kampf gegen diese Neuregelung zugleich ein Beitrag gegen das Rentenunrecht für MfS-Angehörige...

Hans Bauer

Der Vorstand teilt mit:

Vorstand und Beirat berieten zur Vorbereitung der Vertreterkonferenz

Am 28.09.2005 tagten Vorstand und Beirat gemeinsam und berieten die Lage sowie noch erforderliche Maßnahmen in Vorbereitung der in sechs Wochen stattfindenden Vertreterkonferenz unseres Vereins.

Horst Parton gab einleitend eine Einschätzung zum Ergebnis der Bundestagswahlen und hob hervor, dass mit dem Einzug der Linkspartei/PDS mit 54 Abgeordneten in den Bundestag das wichtigste Wahlziel von ISOR erreicht und damit die politischen Bedingungen für den Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung des Rentenstrafrechts verbessert werden konnten. Wir erwarten nun, dass die Linkspartei den Kampf gegen das Rentenstrafrecht in ihr 100-Tage-Programm aufnimmt und dazu auch auf ihrem 1. Parteitag im November Stellung bezieht.

Die Teilnehmer der Tagung nahmen mit Freude zur Kenntnis, dass die Professoren Dr. Axel Azola und Dr. Ernst Bienert die Erarbeitung einer juristischen Argumentation zum Nachweis der Verfassungswidrigkeit der im Juni 2004 geänderten Absätze 2 und 3 des § 6 AAÜG übernommen haben. Die Klagen bzw. die Reaktivierung ruhender Klagen in dieser Sache können sofort aufgenommen werden und es ist absehbar, dass die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes dazu in der zeitlichen Abfolge vor einer erneuten Verhandlung zum § 7

AAÜG fallen werden.

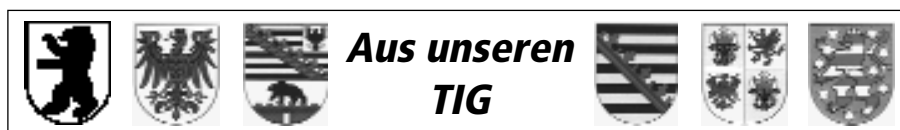
Nachdem die relevanten Archivunterlagen des MdL und der NVA im Wesentlichen erschlossen und mit der Erschließung der bei der Birlhler-Behörde lagernden einschlägigen Akten begonnen wurde, liegt nun ein arbeitsintensiver Prozess der vorgutachterlichen Auswertung dieses Materials im Zusammenhang mit der Klärung der Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstrukturen des MfS vor uns. Dabei sind auch noch weitere böswillig errichtete bürokratische Hürden zu überwinden.

Am 29.09.2005 erging ein ablehnender Bescheid der Birlhler-Behörde zur Herausgabe statistischer Unterlagen zur Besoldung der MfS-Mitarbeiter mit Verweis auf das Bundesverwaltungsamt, eben jener Behörde, die uns in gleicher Sache zuvor an die Birlhler-Behörde verwiesen hatte. Gegen diese Willkür hat der ISOR-Vorstand umgehend Widerspruch bei beiden Behörden eingelegt. Wir rufen alle Mitglieder auf, in Protestbriefen an beide Einrichtungen unsere Rechte als Bürger geltend zu machen. Dieser Protest muss nach erfolgter Regierungsbildung auf die Bundesministerien des Inneren sowie für Gesundheit und Soziales erweitert werden, beim Bundesministerium für Gesundheit und Soziales unter Bezugnahme auf die Untätigkeit hinsichtlich der Herausgabe von Vergleichsunterlagen aus der allgemeinen

Rentenberechnung für die Bevölkerung. Auch der Petitionsausschuss bleibt nach seiner Neukonstituierung in beiden Problemen für uns eine wichtige Adresse, zumal er uns ohnehin noch wichtige Antworten schuldig ist. In bewährter Weise wird der Vorstand in diesen Fragen Unterstützung und Hilfe anbieten.

Prof. Dr. Horst Bischoff erstattete den Bericht der Satzungskommission und schlug vor, diese Kommission als eine ständige Einrichtung des Vorstandes bestehen zu lassen, da sich gezeigt habe, dass neben Ergänzungen der Satzung auch deren Kommentierung helfen kann, auf herangereifte Probleme in der Arbeit des Vereins zu reagieren. Allen Delegierten wird eine Entscheidungsgrundlage zu den Satzungsfragen rechtzeitig zugehen.

Dem Vorstand liegen mehrere Anfragen aus TIG vor, die – ebenso wie unser Beiratsmitglied Wolfgang Henter aus Leipzig bei der gemeinsamen Beratung – bemängelten, dass sich unter den Kandidaten für den neuen Vorstand kein Vertreter der NVA befindet. Seitens des Vorstands gab es umfangreiche Bemühungen, einen solchen Kandidaten zu finden, die aus verschiedensten Gründen nicht erfolgreich waren. Gegenwärtig ist der Vorstand im Gespräch mit mehreren Freunden und rechnet mit Zustimmung zur Kandidatur.



Die Mitgliederversammlung der TIG **Oschatz** wählte einen neuen Vorstand- und nach dem Rechenschaftsbericht über die Ergebnisse der letzten Wahlperiode – den Freund Helmut Müller als neuen Vorsitzenden. Unser bisheriger Vorsitzender Arnold Papenfuß (83) wurde als Ehrenvorsitzender bestätigt. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, zum Halbjahresbeitrag (15,60 Euro) die Differenz bis 20 Euro als Spende zur Konsolidierung der Vereinsfinanzen einzuzahlen, sofern, das auf freiwilliger Grundlage basiert. Der Vorstand ging bei der Kassierung für das 2. Halbjahr mit gutem Beispiel voran. Die monatlichen Vorstandssitzungen finden seit Juni in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS statt, wo uns der Raum kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Optimistisch klang die Versammlung aus mit der Zielstellung, weiterhin für die Beseitigung der Strafrechte zu kämpfen. **Jochen Brix**

*

Veränderungen in der Tätigkeit der AG Recht der TIG **Rostock**.

Das Hauptanliegen war die Beratung unserer Mitglieder zu Fragen

- der Ansprüche und Anwartschaften aus Sonderversorgungssystemen,
- der Entgelt- und Überführungsbescheide,
- der unrechtmäßig geforderten Krankenkassenversicherungsbeiträge für 1991,
- der Erläuterung von Rentenbescheiden, der Abfassung und Formulierung von Widersprüchen und
- der Unterstützung bei der Einreichung von Klagen.

Dazu war in erster Linie erforderlich, dass sich die Mitarbeiter der AG Recht selbst erforderliche Kenntnisse aneigneten und sich intensiv mit den Hinweisen zu Rentenproblemen aus den Informationen von ISOR e.V. (i. G.) und später aus

„ISOR aktuell“ zu allen Fragen, die in den Beratungen von Bedeutung sein könnten, vertraut machen mussten. Eine ausgezeichnete Hilfe war dabei das von Boris Pannas als Mitglied der AG Recht seit dem Jahre 2002 erarbeitete Handbuch für alle Mitglieder der AG Recht. Es dient als Leitfaden für die Sprechstunde und hat die Probleme zu den für uns wichtigen Rechtsgebieten in Kurzform zum Inhalt. Neben grundsätzlichen rentenrechtlichen Informationen enthält es auch Informationen zum Stand der rechtlichen Auseinandersetzung mit der Gesetzgebung und der Rechtsprechung. Es wurde bis März 2005 ständig aktualisiert. Das erforderte einen erheblichen Aufwand an Zeit und ist nicht zuletzt auch eine Kostenfrage. Da die neuen gesetzlichen Regelungen, insbesondere auf dem Gebiet des Sozialrechtes sehr umfangreich sind, wurde auf eine fortlaufende Aktualisierung verzichtet, dafür wurden nur noch Hinweise auf überholte Inhalte gegeben. Durch die AG Recht wurden seit dem 5.10.1993 insgesamt 821 Be-

> Fortsetzung auf Seite 4

> Fortsetzung von Seite 3

rationen unserer Mitglieder zu den verschiedenen Problemen durchgeführt. Dabei war durch die von ISOR erreichten Ergebnisse im Kampf gegen das Rentenstrafrecht ein Rückgang bei der Beratung von Mitgliedern zu verzeichnen. Die Sprechstunden, die regelmäßig am 1. und 3. Dienstag im Monat erfolgten, wurden nicht mehr so häufig genutzt, wie in den Jahren davor. Haben wir im Jahre 2002 noch 160 Besucher in den Sprechstunden beraten, waren es 2004 nur noch 24 Besucher. Um uns auf die neue Situation einzustellen, wurde im Mai 2005 in der Arbeitsgruppe, in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der TIG Rostock, beraten, die Hilfe und Unterstützung auszuweiten, auf wesentliche für Senioren bedeutsame Fragen - und nicht nur aktuelle Rechtsprobleme zu behandeln. Dabei wurden solche Fragen wie Grundsicherung, Rentenbesteuerung, Vorsorgevollmacht, Patientenbetreuung und Vererben als Inhalte für die Beratung der Mitglieder aufgenommen. Diese Konsultationen für Mitglieder der TIG Rostock sollen kein Ersatz für den Notar oder Steuerberater sein, sondern eine Hilfe zur Selbsthilfe zu den genannten Problemen.

Günter Krenkel, Leiter der AG Recht

*

Am 10. September fand das nunmehr fünfte Treffen der ISOR-Mitglieder aus der **Altmark und dem Elb-Havel-Winkel** mit ihren Partnern statt.

In der Ausflugsgaststätte „Feine Sache“ folgten nahezu 160 Teilnehmer den Ausführungen von Dr. Rainer Rothe, MA im RAB Bleiberg & Schipfert, sowie der folgenden Diskussion. Dabei ging es insbesondere um den umfassenden weiteren Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Neben dem Landesbeauftragten konnten wir Vertreter des DBwV, Kameradschaft Salzwedel und Klietz/Havelberg sowie der GRH TAG Stendal begrüßen. Angereist waren auch ISOR-Mitglieder aus Berlin, Perleberg und Halberstadt.

Helmut Stefan

*

Soziale Gerechtigkeit ein großes, aktuelles Thema, stark betont in den Wochen vor der Bundestagswahl. Auch die TIG **Prenzlau** hatte dieses Thema Mitte September erneut auf die Tagesordnung ihrer Mitgliederversammlung gesetzt. Immerhin hat sich die soziale Vereinigung nach wie vor dem Anliegen Rentengerechtigkeit verschrieben. Die juristischen und politischen Schritte zu verstärken, das gebietet auch die erneute Änderung des AAÜG vom 21. Juni 2005. Zu dieser Zusammenkunft konnten erstmalig zwölf an der ISOR-Tätigkeit interessierte Gäste begrüßt werden.

TIG-Vorstandsmitglied Gunter Steinfeld (AG Recht) informierte über aktuelle Aufgaben und Vorhaben, die sich für das Wirken der Initiativegruppe und jeden einzelnen ergeben. Eine Möglichkeit sei z.B., dass sich Betroffene mit Briefen

an den Petitionsausschuss des Bundestages wenden.

Gast der ISOR-Mitglieder war an diesem Tag Frau Irene Wolf-Molorcus, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Kreisorganisation der Linkspartei.PDS. Sie betonte, dass ihre Partei in der Vergangenheit stets für gerechte Renten eingetreten sei und dieses Anliegen auch künftig unterstützen werde. Eine starke Bundestagsfraktion sei dafür eine Voraussetzung. Gleichzeitig machte sie mit einem sozial ausgewogenen Rentenkonzept der Linkspartei bekannt, was in der Aussprache auch Zustimmung fand. Ablehnung fand eine jüngste Verlautbarung, dass eine Rentenangleichung Ost-West frühestens bis 2030 erfolgen solle. Endlich müsse ein Fahrplan benannt werden, der stufenweise Kurs auf das Jahr 2007 nehme.

Benno Butschalowski

*

Gera hilft der Stadt Viñales in Kuba

Auf der Vollversammlung der TIG **Gera** war die Cuba si Gruppe Gera mit einem Informationsstand vertreten. Die Teilnehmer zeigten reges Interesse an der Arbeit von Cuba si. Wir trafen auf eine ausgeprägte Bereitschaft aktive Solidarität mit Cuba zu üben. Nicht zuletzt zeigte sich dies in einer Geldspende von 232,- € die jeweils zur Hälfte verwendet wird für das sozial-ökologische Projekt Viñales und für das Projekt Milch für Cubas Kinder. Dies ist bemerkenswert, weil viele ISOR-Freunde selbst infolge des rechtswidrigen Rentenstrafrechts von sozialer Unsicherheit bedroht sind. Wir, die Cuba si Gruppe Gera, erklären uns ausdrücklich solidarisch mit der ISOR in ihrem Kampf gegen das politische Rentenstrafrecht und bedanken uns für die Unterstützung unserer Cuba Solidaritätsarbeit.

Rudi Körper, Cuba si Gera

*

Auch die territoriale Gruppe im Nordosten unseres Landes (**Insel Usedom/Wolgast/ Anklam**) hat zwei Wochen vor den Bundestagswahlen in einer stark besuchten Mitgliederversammlung sehr klare Worte dazu gefunden, dass es für ISOR-Mitglieder derzeit äußerst bedeutsam ist, zur Wahl zu gehen, Verwandte, Freunde und Bekannte mitzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Linkspartei mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen kann, um ISOR endlich wieder eine Lobby zu sichern in diesem Gremium, in dem seit 2002 nur zwei Frauen der PDS sich unermüdlich unter anderem auch für uns einsetzen. Mit beweiskräftigen Argumenten und klaren Standpunkten haben wir die Wahlempfehlung unseres Vorstandes unterstützt. Dabei hat uns wie schon oft wieder unser Freund Horst Hartkamp aus Neustrelitz unterstützt mit seiner Analyse der gegenwärtigen Probleme im Kampf unseres Vereins und seiner Orientierungen für unsere Mitglieder als auch das langjährige PDS-Mitglied im Schweriner Landtag Dr. Gerhard Bartels aus Greifswald, der wesentlich mit

dazu beigetragen hat, die Überzeugung zu festigen, dass es für ISOR-Mitglieder unumgänglich ist, jede Erst- und jede Zweitstimme der Linkspartei. PDS zu widmen, da alle anderen Parteien im Deutschen Bundestag das Rentenstrafrecht verewigen wollen. Ein spontaner Aufruf zu einer Spende für den Wahlkampf der Linkspartei. PDS durch unseren ehemaligen TIG-Vorsitzenden erbrachte 102,- € Dafür auch hier noch einmal Dank an unsere Mitglieder. Dank aber besonders dafür, dass sie mit ihrem Wahlverhalten mitgeholfen haben, eine starke linke Kraft im Bundestag zu etablieren. Wir konnten in unserer Mitgliederversammlung mit Herrn Hans Eser auch einen Vertreter der hiesigen sehr aktiven Kameradschaft des DBwV begrüßen, dem ich danken möchte für seine Information zum Kampf seines Vereins gegen Sozialabbau.

Volker Sachse

Aus der Postmappe:

Antrag an den 17. Parteitag der DKP

Liebe Freundinnen und Freunde!

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der DKP Leipzig initiierte ich einen Antrag an den 17. Parteitag zur Herbeiführung eines Beschlusses gegen die Fortsetzung des Rentenstrafrechts und der sozialen Ausgrenzung von ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der Bundesrepublik Deutschland.

Im angenommenen Antrag heißt es:

1. Die DKP fordert von den politisch Verantwortlichen, insbesondere vom Bundestag, die Beendigung des Rentenstrafrechts von ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.
 2. Die DKP unterstützt die Ansprüche der 25.000 Mitglieder der ISOR e.V. und der mit ISOR zusammenwirkenden Verbände und Vereine zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts in der BRD.
 3. Der Parteivorstand der DKP publiziert diese Initiative und berechtigten Forderungen in geeigneter Form in den Medien.
- Ich meine, auch das ist verbale und tätige Hilfe für unsere ISOR e.V.!

Karl-Heinz Reinhardt, TIG Leipzig-Süd

*

Solidarität in der **TIG Rostock**:

Als ab dem 1. Juli 2005 nicht mehr vom Rentenstrafrecht Betroffener (E3) möchte ich allen ISOR-Mitgliedern, den Rechtsanwälten und den uns gesonnenen Politikern für ihr geschlossenes Auftreten im Kampf um Rentengerechtigkeit danken. Nur das gemeinsame Auftreten, in dem die solidarische Grundhaltung zum Ausdruck kam, führte zum errungenen Erfolg. Jetzt gilt es, alle Kraft auf die Beseitigung

> Fortsetzung auf Seite 5

> Fortsetzung von Seite 4

der noch bestehenden politischen und sozialen Ausgrenzung einer Reihe unserer Mitglieder zu konzentrieren. Mit Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren, wird das Rentenstrafrecht aufrechterhalten und sogar noch ausgebaut. Ich appelliere an alle diejenigen Mitglieder, die nicht mehr unter den bisherigen Repressalien leiden müssen, sich weiterhin mit den noch betroffenen Mitgliedern zu solidarisieren und nicht nachzulassen im Kampf gegen noch bestehende Ungerechtigkeiten. In der Einheit, der Solidarität aller Mitglieder liegt unsere Kraft. Nutzen wir sie, um auf den Gesetzgeber einzuwirken, die noch bestehenden Strafrenten restlos zu beseitigen.

Gerhard Hartmann, TIG Rostock

*

Auf dem Büchermarkt

Flucht vor der Junta

Die DDR und der 11. September 1973

224 Seiten, Edition Ost.

Zehn Autoren, die unmittelbar mit Chile befasst waren, erinnern sich in ihren Beiträgen an die Zeit vor und nach dem Militärputsch gegen

Präsident Allende. Dazu gehören ehemalige leitende Mitarbeiter der DDR-Botschaft und eingesetzte Spezialisten ebenso wie Mitarbeiter, OibE und IM der Aufklärung des MfS. Vieles bisher Unbekannte wird öffentlich gemacht, so die illegale Ausschleusung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Chiles, Altamirano, nach Argentinien, die Rolle der DDR bei der Hilfe gegenüber gefährdeten und von Mord bedrohten Chilenen, die Machenschaften der USA-Administration und der CIA und die Positionierung der BRD und des BND, die Unterstützung des Widerstandes gegen den Diktator Pinochet und viele andere, heute höchst aktuelle Fragen. Beigefügt ist eine Sammlung bisher weitestgehend unbekannter Dokumente.

Verheizt und vergessen

Ein USAgent und die DDR-Spionageabwehr

224 Seiten, Edition Ost.

Der Österreicher Dr. Hanns Sieberer, vom US-Geheimdienst angeworben und zur Militärspionage, die die Werbung von Agenten und deren Führung einschließt, in die DDR ge-

schickt, in einer komplizierten Operation durch die Spionageabwehr enttarnt, verhaftet und zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, Haftstrafe in Berlin-Hohenschönhausen und Bautzen II und in der Welt größten Austauschaktion 1985 ausgetauscht, und Herbert Kierstein, ehemals verantwortlicher Leiter in der Untersuchungsabteilung des MfS (HA IX), der für den Untersuchungsvorgang verantwortlich war, erzählen jeweils aus ihrer Sicht eine spannende Geschichte. Beide Autoren begegnen sich zunächst als Gegner und später, nach Auflösung der DDR und des MfS, mit gegenseitigem Respekt.

Das Buch enthält Dokumente beider Dienste und fasst in einem Abschnitt "Reflexionen" Grundfragen der Spionage, Spionageabwehr, Strafverbüßung usw. zusammen.

Zu beiden Büchern möglichst Sammelbestellungen zum Subskriptionspreis über die Geschäftsstelle der GRH.

> Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 102. Geburtstag:
Helmut Wenzel,
Bln.-Hohenschönhausen

zum 93. Geburtstag:
Walter Tanner, Bad Dürrenberg

zum 91. Geburtstag:
Walter Krumpa, Cottbus
Ida Wöhl, Bln.-Karlsdorf

zum 90. Geburtstag:
Alfred Schille, Halle

zum 89. Geburtstag:
Hans Froberg, Stralsund
Eich Dolze, Dresden

zum 87. Geburtstag:
Hildegard Kassner, Rostock

zum 86. Geburtstag:
Annemarie Baumann, Weißenfels
Elisabeth Fischers, Seelow
Irmgard Kurz, Bln.-Lichtenberg
Horst Martin, Eisenach
Udo Peschke, Hohen Neuendorf
Heinz Pietsch, Bischofswerda
Kurt Prauka, Bln.-Köpenick
Ilse Roßberg, Bln.-Hohenschönh.
Arthur Schulze, Sangerhausen

zum 85. Geburtstag:
Heinz Bochmann, Lehnitz
Anneliese Böhme, Schönebeck
Charlotte Hartwig, Bln.-Pankow
Gerhard Liebe, Chemnitz

zum 80. Geburtstag:
Karl Heinz Besser, Dresden
Johanna Böhnisch, Bln.-Hschh.
Gerda Groch, Bln.-Karlsdorf
Herta Hampel, Reichenbach
Gerda König, Rostock
Edward Lübeck, Wismar
Anneliese Materna, Neubrandenburg
Erika Mattern, Bln.-Treptow
Friedrich Müller, Rostock
Gerda Müller, Bln.-Weißensee
Elisabeth Pomp, Chemnitz
Manfred Rudolph, Bln.-Weißensee
Waldemar Schmidt, Merseburg
Helmut Schwarz, Bln.-Treptow
Alfred Sehm, Leipzig
Justin Sonder, Chemnitz
Magdalena Stöckigt, Bln.-Pankow
Erich Szibrowski, Chemnitz
Eva Valentin, Bln.-Köpenick
Alfred Wenzel, Pirna-Sonnenstein

zum 75. Geburtstag:
Hugo Adam, Bln.-Hohenschönh.
Horst Bahr, Schönwalde-Glien
Helmut Bauer, Bln.-Fr'felde
Dr. Karl Bausch, Bln.-Hohenschönh.
Heinz Becker, Bln.-Mitte
Wolfgang Behr, Cottbus
Heinz Bretschneider, Leipzig
Heinz Bröse, Bln.-Weißensee
Benno Butschalowski, Prenzlau
Herbert Degen, Spremberg
Katharina Dickel, Bln.-Köpenick
Fritz Dreßler, Sternberg
Günter Ehrensperger, Bln.-Treptow
Elli Falk, Potsdam-Zentrum

Johannes Felkel, Görlitz
Helga Fiebrig, Potsdam-Zentrum
Ewald Flaschinski, Cottbus
Herbert Flöter, Zeitz
Willi Gärtner, Cottbus
Günter Ganßauge, Bln.-Treptow
Rudi Gehrke, Görlitz
Karl Geß, Rostock
Friedrich Goslar, Strausberg
Willi Grewe, Lassan
Willi Gröbe, Aschersleben
Horst Gruchow, Bln.-Hohenschönh.
Dr. Heinz Günter, Bln.-Treptow
Werner Haring, Neuhausen
Manfred Haupt, Waldenburg
Manfred Herrig, Chemnitz
Manfred Holfert, Löbau
Eckard Jung, Neubrandenburg
Karl Heinz Klaus, Chemnitz
Dieter Klein, Leipzig
Werner Kraft, Bln.-Treptow
Günter Kramm, Bln.-Hellersdorf
Alfred Kunath, Radeberg
Dieter Lange, Prenzlau
Helmut Liebenow, Hohen Neuendorf
Gertraude Mackrodt, Halle
Gerhard Meier, Magdeburg
Horst Menze, Jena
Gerhard Neupert, Bln.-Weißensee
Horst Pargmann, Bln.-Mitte
Klaus Niesler, Bln.-Köpenick
Irma Radde, Wismar
Dr. Horst Rakowski, Rangsdorf
Christa Rasch, Bln.-Lichtenberg
Willi Raschke, Lassan
Ursula Reinhardt, Chemnitz
Günter Reiprich, Dresden

Else Reißaus, Bln.-Lichtenberg
Friedy Rohde, Rostock
Alfons Rüdiger, Halle
Günther Sarge, Bln.-Hellersdorf
Rolf Schädlich, Klingenthal
Fritz Scheffler, Dresden
Annamaria Schlabit, Bln.-Hellersdorf
Marion Schlösser, Birkenwerder
Werner Schneider, Bln.-Lichtenberg
Lilli Schott, Brück
Artin Schubert, Prenzlau
Charly Schubert, Bln.-Hohenschönh.
Erika Schubert, Leipzig
Gerhard Seiler, Dresden
Margot Siebenhüner, Bln.-Mitte
Horst Silbermann, Strausberg
Leo Sommer, Aschersleben/Staßfurt
Gerda Sorger, Merseburg
Artur Staigies, Wolgast
Fritz Stephani, Chemnitz
Heinz Stöckert, Reichenbach
Rolf Stollmayer, Bln.-Lichtenberg
Johann Tanzer, Gera
Lothar Taubert, Strausberg
Horst Thiele, Chemnitz
Dieter Thomas, Bln.-Köpenick
Gerda Vincenz, Bln.-Treptow
Fritz Wehofsky, Rostock
Herbert Weikert, Chemnitz
Wolfgang Weißflog, Leipzig
Heinz Werner, Cavertitz
Christa Wiesner, Rostock
Martha Wojna, Worbis
Werner Würz, Erfurt
Helmar Wunderlich, Bln.-Treptow
Peter Zech, Rostock
Günter Zirkenbach, Bln.-Hellersdorf

> Fortsetzung von Seite 5

Beim Grenzschutz getötet

Kurt Frotscher/Horst Liebig: »Opfer deutscher Teilung. Beim Grenzschutz getötet«, (216 Seiten, Zahlreiche Abbildungen, Dokumentenwiedergaben und Gesetzesanlagen) GNN Verlag Schkeuditz ISBN 3-89819-198-2, 12,00

Die Autoren haben verdienterweise interessierten Lesern den hauptsächlich von Kurt Frotscher und Wolfgang Krug bereits erschienenen Sachbüchern »Die Grenzschießung 1961«, »Grenzdienst im Kalten Krieg« und »Im Namen des Volkes – Grenzer vor Gericht« ein weiteres bedeutsames »Grenzbuch« hinzugefügt. Beiden Autoren ist es gelungen, den Grenzsoldaten der DDR, die beim Schutz der Staatsgrenze West der souveränen DDR ermordet wurden, ein ehrendes literarisches Denkmal zu setzen. Die vorliegende Arbeit ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die offizielle Politik der BRD und der von ihr gesteuerte Zeitgeist nicht müde werden, die DDR, ihre Repräsentanten, ihre Menschen und jene, die ihr Leben dem Schutz der völkerrechtlich anerkannten DDR weihen, zu delegitimieren.

Den Autoren kommt das Verdienst zu, diese Fakten mit klaren Worten benannt zu haben. An der Darstellung der Lebensläufe der ermordeten Angehörigen der Sicherheitsorgane der DDR und der Grenztruppen, die mit dem Schutz der Staatsgrenze seit 1949 beauftragt waren, wird deutlich, dass diese verantwortungsbewusst und mit hoher Einsatzbereitschaft ihren Fahneneid erfüllten.

Kritisch ist anzumerken, dass in einzelnen Abschnitten des Buches irreführende Worthüllen aus dem Sprachgebrauch und aus dem ideologischen Arsenal von politischen Gegnern verwendet und historische Abläufe unkorrekt dargestellt werden. Aufmerksame Leser werden sicher auch bei der Verwendung des Begriffes »Freiheit« oder beim Umgang mit Formulierungen wie »Aufarbeitung«, »Vorwendezeit«, »bestehende Demokratie-defizite«, »Grenzschutz«, »Mauertote«, »Humanisierung des Grenzregimes«, »Ursachen des Endes der DDR« usw. anderer Meinung sein.

Positiv ist hervorzuheben, dass Kurt Frotscher und Horst Liebig für das Verständnis der Gesamtproblematik bedeutsame Gesetzestexte und völkerrechtlich wichtige Dokumente als Anlagen beigelegt haben. Jedoch ist der Verweis auf Grenz Museen und ähnliche so genannte »Mahn und Gedenkstätten«, deren Inhalte und Gesamtaussagen ganz dem Sinn des Zeitgeistes entsprechen, völlig fehl am Platz.

Gleichwohl: diesem Buch ist ein großer, vor allem aber auch kritischer, interessierter Leserkreis zu wünschen.

Adolf Eduard Krista

(Redaktionell gekürzt, der vollständige Text des Beitrages ist nachzulesen unter: www.isor-sozialverein.de/Leserbriefe)

Die Arbeitsgruppe ehemalige Angehörige der GT der DDR der GRH lädt ein zum

Herbsttreffen 2005

am 29.10.05, 10.00 Uhr im

Veranstaltungszentrum BBJ Corvus

GmbH, Herzbergstr. 84, 10365 Berlin

Thema: 15 Jahre danach

(WIEDER)Vereinigung – Beitritt – Anschluss oder feindliche Übernahme

Vorgesehener Redner:

Prof. Dr. Siegfried Prokop

Der Ernst-Busch-Chor teilt mit:

Wir laden die Leser zu einer
öffentlichen Chorprobe am
Dienstag, 1. November 2005, 14 – 16.00 Uhr
im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112,
(Eingang Dönhoffstr.) ein.
Der Eintritt ist frei.

*

Der Ernst-Busch-Chor und der
Singeclub Ernesto Che Guevara
singen für Sie unter dem Motto
„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“
am Sonntag, dem 22. Januar und
am Samstag, dem 28. Januar 2006
jeweils um 15.00 Uhr.

Im Theater Karlshorst, Treskowallee 111

Eintrittspreise:

Erwachsene: 8,-€; Kinder: 4,-€

Vorverkauf ab sofort an der Theaterkasse

Tel.: 030-50 88 088/89



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



HORST ABRAMOWITSCH, BLN.-MARZAHN
ERICH AHLERT, PDM.-HUBERTSDAMM
LOTHAR APORIUS, MAGDEBURG
DR. ACHIM BESCHORNER, DELITZSCH
WILLY BLÜMECKE, QUEDLINBURG
OSKAR BORTH, QUEDLINBURG
HERBERT BRACHLOW, BLN.-TREPTOW
CHRISTIAN FRANKOWSKI, PIRNA/SONNENSTEIN
WERNER FRENZEL, ASCHERSLEBEN
RICHARD GERING, JENA
KARL HEYMANN, WERDER/HADEL
ERICH JÄGER, SUHL
KARL-HEINZ KAPS, BAD FRANKENHAUSEN
HERBERT KEIL, JENA
HORST KREUTZHALER, BLN.-HOHENSCHÖNH.
HEINZ KUNZE, COTTBUS
FRED KURSAWE, CHEMNITZ
WERNER LERBS, PDM.-ZENTRUM
VOLKER MANICKE, LEIPZIG
EDWIN MASEBERG, STRAUSBERG
HEINZ PILZ, BLN.-WEISSENSEE
ROLF PLANERT, BLN.-PANKOW
FRITZ PROPHET, BOITZENBURG
HORST RITTER, BLN.-MARZAHN
HORST SAMEK, BLN.-FRIEDRICHSELDE
KARL SCHNEIDER, BLN.-TREPTOW
SIEGFRIED SCHOLZ, GÖRLITZ/BERLIN
MANFRED SCHUBERT, MAGDEBURG
ROLAND STEGBAUER, BLN.-PANKOW
REINHARD STEMME, SCHWALLUNGEN
SIEGFRIED WEBER, BLN.-WEISSENSEE
RAINER WILKE, FINSTERWALDE
EDITH WILMS, FISCHBACH
ARNO ZENTNER, NEUBRANDENBURG

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.09.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.10.2005

Einstellung im Internet: 04.11.2005

Auslieferung: 10.11.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: KarlHeinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15

29 78 43 16

29 78 43 17

Fax: (030) 29 78 43 20

Sekretariat

Geschäftsführer

AG Finanzen

Postanschrift: ISOR e.V. Postfach 700423 – 10324 Berlin

email: ISORBerlin@tonline.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Donnerstags von 15 bis 18 Uhr